



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 1. Dezember 2020
Kantonsratspräsidentin Ylfete Fanaj

A 231 Anfrage Bucher Markus und Mit. über den Fahrplan im Kanton Luzern in Bezug auf erneuerbare Energien, insbesondere im Vergleich zu den Anforderungen, welche vom Bund gestellt werden / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Markus Bucher ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Markus Bucher: 3 gleich 4600, diese Gleichung möchte ich Ihnen erklären. Aber zuerst bedanke ich mich bei der Regierung für die kompetente Beantwortung meiner Fragen. Die Antworten helfen, einen Überblick über den aktuellen Stand zu erhalten. Man sieht, dass der Kanton darum bemüht ist, im Bereich Photovoltaik (PhV) bei seinen eigenen Gebäuden eine Vorbildfunktion einzunehmen. Das ist sehr gut und strahlt in den privaten Bereich aus. Aus der Antwort geht aber auch eine Passivität hervor, mit welcher der Kanton Luzern bisher das Thema erneuerbare Energien angeht. Mir fehlt der Wille, dieses Thema zu gestalten. Ich lese die Antwort so, dass man sich auf den Bund abstützt und ein kleines Zwischenziel auf 2030 festlegt und auf 2050 dann den Ausstieg. Das ist noch weit entfernt und eilt ja nicht. Das ist aus meiner Sicht zu wenig. Ich erwarte von einer vorausschauenden Regierung, dass sie sich Zwischenziele setzt. 2050 ist noch so weit weg, aber wir können doch nicht einfach abwarten und auf die Produktion von erneuerbarer Energie verzichten. Wir können den Fortschritt nicht dem Zufall überlassen und müssen die heute vorhandenen Möglichkeiten nutzen. Ich möchte dies am Beispiel der Windenergie veranschaulichen, bei der der Bund für den Kanton Luzern sogar eine Vorgabe gemacht hat. Im Moment produzieren wir 5 Gigawatt. Der Bund hätte vom Kanton Luzern gerne 130 bis 400 Gigawatt, also das 65- bis 200-Fache der heutigen Produktion. Wie wollen wir das erreichen? Auf die breite Masse, wie bei der Photovoltaik, können wir nicht zählen. Der Bau eines Windparks ist eine hochkomplexe Angelegenheit und beansprucht von der Idee bis zur Realisierung mindestens zehn Jahre, das Gotthardprojekt sogar 20 Jahre. Also sind wir für 2030 schon zu spät, falls die sehr wenigen momentanen Projekte nicht realisiert werden. Am weitesten fortgeschritten sind die zwei Projekte Lindenberg mit einem Windrad auf Luzerner Seite und die drei geplanten Windräder im Stierenberg. Diese Projekte sind auf gutem Weg, aber starkem Widerstand ausgesetzt. Dabei könnten gerade Windräder einen sehr grossen Beitrag zur Stromproduktion leisten, vor allem im Winter, wenn wir Strom am nötigsten brauchen. Wissen Sie, wie effizient diese Windräder sind? Mit den drei Windrädern im Stierenberg kann man 20 Gigawatt pro Jahr erzeugen. Das ist der Stromverbrauch von 4600 Haushalten, genug also für unser ganzes Michelsamt mit Beromünster und Rickenbach mit 10 000 Einwohnern. Das könnten aber auch alle Haushalte der Stadt Sursee sein. Wie will der Kanton diese Chancen aktiv angehen? Wie will er bestehende Projekte aktiv unterstützen? Ich spreche hier nicht von Geld, sondern von juristischer und kommunikativer Unterstützung und Öffentlichkeitsarbeit. Ich bitte den Regierungsrat, möglichst bald eine

Strategie mit Zwischenzielen auszuarbeiten, und ich bitte auch Sie von links bis rechts um Unterstützung der Menschen, die etwas machen, die das Richtige machen.

Korintha Bärtsch: Ich danke Markus Bucher für die interessanten Fragen und dem Regierungsrat für die Antworten. Ich möchte zu drei Punkten etwas sagen, auf zwei hat Markus Bucher auch schon hingewiesen. Wir haben noch 30 Jahre, und Sie wissen alle, wie schnell das geht. Das Pareto-Prinzip kenne Sie auch. Wenn man die «low hanging fruits» holen kann, kommt man in der Zielerreichung einen schönen Sprung vorwärts, aber die letzten 100 Meter sind ziemlich streng. Deshalb wäre es spannend gewesen, bei der Frage nach den Zielen der Erhöhung der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien per 2030 auch zu fragen, wie weit man schon ist, wenn man das schon weiss. So könnte man 2021 eine Standortbestimmung für das weitere Vorgehen machen. Ich möchte mich dem Plädoyer für die Windenergie nicht ganz so leidenschaftlich anschliessen wie Markus Bucher. Aber Windenergie hat ein hohes Potenzial, und es kann auf einem kleinen Raum viel Strom produziert werden. Jedoch ist bei Windkraftanlagen der Not-in-my-Backyard-Effekt einfach riesig. Dort wünschen wir uns von der Regierung im Rahmen der Richtplanrevision einen Vorschlag, wie man hier vorgehen will. Reine Fakten, wie sie Markus Bucher in seiner Anfrage nachgefragt hat, sind wichtig, aber für die Umsetzung einer Energiestrategie 2050 braucht es kommunal, kantonale und nationale einen ganzen Blumenstrauß von verschiedenen Instrumenten. Wir brauchen Anreize zur Ausschöpfung von Potenzial, wir brauchen die KMU, die Bevölkerung, die Hauseigentümerinnen und -eigentümer, die alle mitziehen, und wir brauchen gute Grundlagen für die Partizipation.

Pius Müller: Die aktuellen Gigawattstunden der verschiedenen erneuerbaren Energien im Kanton Luzern werden in der Antwort zu Frage 1 verständlich aufgelistet. Irritiert hat mich die Anzahl Gigawattstunden, welche bei der Windenergie aufgeführt wurde. Mit nur 5 Gigawattstunden besteht aus Sicht der SVP in diesem Bereich noch ein grosses Potenzial in Bezug auf die künftige erneuerbare Stromversorgung. Aber leider gibt es genau in diesem Bereich immer wieder Verhinderer. Gewisse Umweltverbände setzen ihre Energie lieber für den Kampf gegen Windkraftwerke ein als zugunsten einer konsequenten und ganzheitlichen Klima- und Energiepolitik. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei einem weiteren Ausbau von Wasserkraftwerken, so zum Beispiel bei der Grimselstaumauer, einem Rohdiamanten der erneuerbaren Energieerzeugung. Es kann doch nicht sein, dass bereits bewilligte Projekte für eine zukunftsgerichtete Energiepolitik von Einzelnen torpediert und schlussendlich sogar verhindert werden. Diese Haltung von einzelnen Privatpersonen und Umweltverbänden lässt den Schluss zu, dass gewissen Personen der Import von ausländischem Strom – der zu grossen Teilen aus Kohlekraft und Kombigaswerken generiert wird – lieber ist als zusätzlicher einheimischer Strom durch einen weiteren Ausbau der Wind- und Wasserkraftenergie. Ist das der richtige Weg? Macht es Sinn, Möglichkeiten einer zusätzlichen Förderung von inländischer erneuerbarer Energie zu verhindern zugunsten der eigenen Ideologie? Eine weitere Frage stellt sich in diesem Zusammenhang: Wie will der Kanton Luzern durch das Konzept Windenergie die Windenergieproduktion bis 2050 auf 400 Gigawattstunden ausbauen, wenn weiterhin in gewissen Kreisen die feste Absicht besteht, jegliche Projekte im Bereich der Windenergie zu verhindern? Die gleiche Frage taucht auch in Bezug auf den Gesamtanteil der erneuerbaren Energie am Energieverbrauch auf Kantonsgebiet auf, der bis zum Jahr 2030 auf insgesamt 30 Prozent erhöht werden soll. Die SVP hofft, dass die momentanen Gegner zur Einsicht kommen, Projekte im Bereich Wind- und Wasserkraft nicht weiter zu torpedieren und so eine zukunftsgerichtete Energiepolitik mitzutragen.

Thomas Meier: Die Beantwortung der Fragen von Markus Bucher haben sehr interessante Zahlen und Fakten an den Tag gebracht, so zum Beispiel, dass die Verbrennungsanlage Renergia mit 155 Gigawattstunden der grösste Produzent von alternativen Energien ist und die Windenergie mit nur 5 Gigawattstunden in einem Dornröschenschlaf weilt. Der Bund macht dem Kanton bei keiner erneuerbaren Energie eine Vorgabe ausser bei der Windproduktion. Da müssen wir bis im Jahr 2050 130 bis 400 Gigawattstunden Windkraft pro Jahr im Kanton Luzern produzieren. Man kann

also bereits jetzt voraussehen, dass im Klima- und Energiebericht, der im Januar erscheinen wird, die Windenergie eine grosse Rolle spielen wird und das grösste Potenzial hat. Mutige Initianten wie die Nationalrätin Priska Wismer mit der Windenergie Stierenberg oder unser Kantonsratskollege Josef Schuler mit der IG Aufwind in Hitzkirch, welche vorgestern einen grossen Erfolg feiern konnten, verdienen ein Lob und müssen in ihren Unterfangen unterstützt werden. Die Gegner der Windenergie sind laut und ihre Argumente bisweilen abenteuerlich, so zum Beispiel in Hitzkirch, wo die Angst geäussert wurde, dass ein solches Windrad auf Luzerner Boden umkippen oder Feuer fangen könnte. Die Romandie ist in der Windenergieerzeugung um einiges voraus, wenn auch auf kleinem Niveau. Gerade in Luzern sieht es mit der Windkraft aber erbärmlich aus; zum Glück haben wir die Entlebucher. Es ist sicher auch wichtig, dass wir beim anstehenden Richtplan dafür sorgen, dass geeignete Gebiete definiert und ausgeschieden werden. Die Antworten der Regierung auf die Fragen von Markus Bucher sind gut. Eine Roadmap, wie wir schnell zum Ziel «Netto null 2050» kommen, wird im Energie- und Klimabericht im nächsten Jahr aufgezeigt.

Urs Brücker: Die Antworten der Regierung sind interessant und schlüssig. Bei der Frage 4, bei der es um die Erreichung der Ziele geht, hätte ich mir mehr erhofft. Es sieht gar nicht so trüb aus, ausser bei der Windenergie. Wir haben im Kanton Luzern einen Gesamtstromverbrauch von knapp 4000 Gigawattstunden, und ungefähr 10 Prozent davon produzieren wir auf Kantonsgebiet im Moment erneuerbar. Wenn man aber den gesamten Verbrauchermix anschaut, haben wir einen erneuerbaren Anteil von über 50 Prozent und damit das Ziel 2030 bereits erreicht. Natürlich wird das nicht alles auf Kantonsgebiet produziert, denn beim Wasser haben wir weniger Ressourcen. Gemäss dem im Kantonalen Energiegesetz festgelegten Ziel, dass der Anteil erneuerbare Energie am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 30 Prozent betragen soll, sind wir auch bei der Wärmeenergie nicht schlecht unterwegs. 67 Prozent sind noch fossil, davon leider noch dreimal mehr Heizöl als Gas, denn Gas hat immerhin einen 30 Prozent besseren Emissionsfaktor als Heizöl extraleicht. Das grosse Problem ist der Treibstoff. Gemäss der Gesamtenergiestatistik des Bundes fahren gerade einmal 0,6 Prozent aller Fahrzeuge mit Alternativantrieb. Auf Bundesebene beträgt darum der Anteil von Treibstoff am Endenergieverbrauch 35 Prozent und ist damit mit Abstand der grösste Verbraucher. Wenn wir also die Zielerreichung gemäss unserem Kantonalen Energiegesetz anschauen, sieht es beim Strom und bei der Wärme gar nicht so schlecht aus. Das Problem ist wahrscheinlich jedoch nicht die Zielerreichung, sondern das Ziel an sich. In § 1 des Energiegesetzes ist eine 2000-Watt-Gesellschaft und 1-t-CO₂-Gesellschaft als langfristiges Ziel gesetzt. Dieses Ziel ist mittlerweile obsolet. Das Ziel lautet nun «Netto null 2050», und dafür gibt es noch viel zu tun. Ich denke, dass die grosse Herausforderung nicht unbedingt beim Strom und bei der Wärmeenergie aus erneuerbaren Quellen liegt, sondern sie liegt ganz klar beim Treibstoff, bei den Antrieben und beim Treibhausgasausstoss in anderen Sektoren. Daran müssen wir arbeiten. Ich danke der Regierung für die guten Antworten.

Meta Lehmann: Gerade weil der Bund die nationalen Ziele nicht auf die Kantone heruntergebrochen hat, sind die Kantone aufgefordert, zeitnahe eigene Zielsetzungen zu definieren und Ausbaustrategien festzulegen. Darum möchte ich zur Antwort des Regierungsrates drei Anmerkungen machen. Erstens: Ich erlaube mir darauf hinzuweisen, dass die Aussagen der Regierung zur Förderung von erneuerbarem Strom nicht stimmen. Bereits seit 2018 erfolgt nämlich diese Förderung hauptsächlich über Einmalvergütungen und nicht mehr über die erwähnte Einspeisevergütung. Zweitens: Es ist dringend, dass der Kanton die in der Antwort erwähnte Roadmap zur erneuerbaren Stromproduktion zeitnah angeht. Der Strommarkt ist zwar national reguliert, aber es gibt für den Kanton durchaus Spielraum, um die Rahmenbedingungen möglichst günstig zu gestalten. Beispielsweise soll der Kanton mit entsprechender Kommunikation auf eine positive Stimmung gegenüber den erneuerbaren Energien hinwirken. Das wird gerade im Hinblick auf künftig zu planende Windkraftanlagen wichtig sein. Ich bin aber auch der Meinung, dass der Kanton die Gemeinden viel mehr als bisher in die Pflicht nehmen muss. Die Gemeinden sollten eine Vorbildfunktion übernehmen und ihre Dächer konsequent für die PhV-Stromproduktion

nutzen. Der Kanton sollte auch inhaltliche Vorgaben zu den Stossrichtungen der kommunalen Energieplanungen machen und nicht nur verlangen, dass die Gemeinden eine haben müssen. Konkret sollen die Gemeinden in den Energieplanungen vor allem aufzeigen, wie sie von den fossilen Öl- und Gasversorgungen wegkommen und was die Alternativen sind. Damit komme ich zum dritten und wichtigsten Punkt: Erfreulicherweise gibt es im Kanton Luzern die erwähnte Zielsetzung für 30 Prozent erneuerbare Energie des Gesamtenergieverbrauchs bis 2030. Die Antwort unterschlägt aber, dass wir diesem Ziel deutlich hinterherhinken. Das sieht man, wenn man beispielsweise den Umweltbericht 2018 anschaut. Wenn man die Zahlen aus diesem Bericht miteinander verrechnet, kommt man auf einen Anteil an erneuerbarer Energie von 16 Prozent im Jahr 2018, wir waren aber schon 2010 bei 14,5 Prozent. Bei einem ungefähr linearen Ausbau hätten wir 2018 bei 20 und nicht erst bei 16 Prozent liegen sollen. Es ist also sowieso angezeigt, den Ausbau der erneuerbaren Energien zu beschleunigen. Der Kanton Luzern muss seinen Beitrag zur Energiestrategie 2050 leisten, und die SP erwartet eine ambitionierte und handlungsorientierte Roadmap zum Ausbau der erneuerbaren Energien, und dies lieber heute als morgen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Die vom Schweizer Stimmvolk im Mai 2017 beschlossene Energiestrategie 2050 sieht den Ausstieg aus der Atomenergie und einen massiven Ausbau erneuerbarer Energien vor. Alle Kantone sind aufgefordert, im Rahmen ihrer Möglichkeiten einen Beitrag zu diesem Ausbau zu leisten. Ausbauziele für die Stromproduktion aus erneuerbaren Energien sind für die gesamte Schweiz definiert und nicht für die einzelnen Kantone. Jeder Kanton bringt unterschiedliche Voraussetzungen – beispielsweise topografische – für die Nutzung der verschiedenen Technologien mit. Konkrete Aussagen des Bundes gibt es nur im Bereich der Windenergie. Das Potenzial der Windenergie ist im Kanton Luzern hoch, und ich bin froh über das Abstimmungsergebnis vom Sonntag in Hitzkirch. Das ist ein wichtiges Zeichen, dass man eben keine Denkverbote in den Gemeinden will, sondern genau solche Projekte ernsthaft prüfen muss. Wir brauchen solche Projekte, um das Potenzial ausschöpfen zu können. Ich begrüsse es sehr, wenn wir seitens der Politik den Mut aufbringen und Projekte unterstützen, damit wir diese Ziele erreichen können. Der Kanton Luzern hat sich zum Ziel gesetzt, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 auf insgesamt 30 Prozent zu erhöhen. Das geht aber nur, wenn wir auch bereit sind, diese Projekte zu genehmigen und anzustossen und wenn auch die Gemeinden mitmachen und die Initianten unterstützen. Es sind vor allem private Initiativen, welche zu den Windenergieprojekten beitragen, und wir wollen sie mit raumplanerischen und konzeptionellen Grundlagen unterstützen und ihnen gute Rahmenbedingungen schaffen, damit die Umsetzung der Projekte möglichst leicht fällt. Im Rahmen der laufenden Erarbeitung des Planungsberichtes Klima- und Energiepolitik 2021 haben wir auf diese Roadmap hingewiesen. Ich bitte Sie, nur noch ein bisschen Geduld zu haben. Anfang Jahr werden wir den Vernehmlassungsbericht veröffentlichen. Ich glaube, es wird dann sehr wohl erkennbar sein, wie weit wir in diesem Planungsbericht gehen wollen. Ich bitte alle Interessierten, diesen Bericht zu lesen. Es ist ein umfassendes Werk mit 170 Seiten, aber es liest sich wie ein spannendes Buch. Dann können wir weiterdiskutieren, denn der Bericht liefert Grundlagen und Zusammenhänge für die gesamte energie- und klimapolitische Diskussion. Wir werden zusammen die Zukunft gestalten. Positiv stimmt mich auch der kürzlich veröffentlichte Zwischenbericht «Energieperspektiven 2050+» des Bundesamtes für Energie. Dieser besagt, dass es grundsätzlich möglich ist, diese Ziele zu erreichen. Auch die Stabilität im Stromnetz kann gewährleistet werden. Aber es braucht natürlich verschiedene grosse Anstrengungen, um dies zu schaffen, und jeder muss seinen Beitrag leisten. Das werden wir im Rahmen des Planungsberichtes Klima- und Energiepolitik behandeln. Ich danke für die Voten, wir nehmen die Anregungen mit.